

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1915. Nr. 124.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Wochenpreis für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für die Vierteljahrs-
Zeitung 8 M., für die halbjährige 15 M., für die jährliche 28 M. — **Gratis-Belegungen:** Gutsbesitzer
Güter (inkl. Hausbesitzer), zu Unterhaltungsstätten (Sonntagsblätter), Banken, Versicherungs-
Anstalten, öffentliche Anstalten, Arbeitervereine (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die halbjährliche Monatszeitung oder deren Raum für Halle und den
Südteil 20 Pfennig, monatlich 20 Pfennig. — **Reklamen** am Schluß des redaktionellen Teils
die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen
bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telephon 8108 u. 8109; Nebentelephon 8110.
Verantwortl.: Dr. Strasser-Heiberg, Halle (Saale).

Freitag, 14. März 1915.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 90.
Telephon Amt Kurirtür Nr. 6290.
Zred und Verlag von Otto Schiele, Halle (Saale).

Konservativer Parteitag.

Berlin, 13. März.

Suche dir ein anderes Reich; Macedonien ist zu klein für dich! — In drangvoller fürchterlicher Enge vereint, aber mit dem norddeutschen Geiste der Königstreue, Vaterlandsliebe und Parteidisziplin befeuert, hält die deutschkonservative Partei ihre Herreschloß ab, und wiederum ist es die geschlossene Kraft, die den Verhandlungen ihr ansehendes Gepräge gibt. Gleich als der greise, aber erlauchtete rüstige Präsident des Reichstages Herrenhauser, Erz. v. Biedel-Riesdorf, zur Eröffnung des Parteitage gleich Schilworten wichtige Tagesforderungen: Festhalten am preussischen Wahlrecht, unbedingte Zustimmung zur Herresverfassung, Fortführung der Schutzpolizei, Befähigung der Sozialdemokratie u. a. in die Verammlung wirft, klingt ihm einmütige Zustimmung entgegen, und der Beifall wachst, als Abg. Graf Westarp in die Vertretung der Arbeit des Reichstages zunächst auf die fortgeschrittenen „Familiaren“ Salben verweilt. Spott giebt — aber einmal dämpft, denn lautet man nicht, auch wenn er dann mal erlich fikt — und das negative Verhalten der Regierung kland, oder mehr anklagend ins Gedächtnis zurückruft. Radikalisierung und Demotivierung ist im Reich die Gefahr in den Reichstag eingezogen, wie auch der Hinweis auf die trübe Erziehung und der Scheidemann-Wähler gelang beweist. Nicht minder überzeugend erwidert der viermalstimmte Reichstagsreform eine abermalige Rechtfertigung, und es ist ein bezeichnendes Echo der „Judenwahlen“, daß bei der Verbindung des roten Triumvirats Haase, Gradnauer und Wurm mit dem Grundrabe: „ex oriente lux“ der Beifall wie eine Hochflamme emporleuchtet. Graf Westarp läßt keinen Zweifel, daß die Reichstagsfraktion alles für die Wahrung des Reiches Notwendige bewilligen und für die einmaligen großen Reueussagen in einer einmaligen großen Abgabe vom Vermögen bei gebotener Schonung der einzelstaatlichen Finanzhoheit aufkommen wird. Bei den dauernden Mehraussagen soll das mobile Kapital nicht entfließen; wohl aber soll die Witwen- und Waisenunterstützung auf fünfzig Prozent vermieden werden. Der Konflikt mit Staatssekretär Debrüßler ist kurz in der Saal herein, und heiter vermischt ist die Jubelstimmung, daß nach des Reichstages Auflösung die Sozialpolitik die beste Befähigung der staatsfeindlichen Partei sein soll. Keine Ueberpannung der Sozialpolitik, aber sage und umfangreiche Mittelstandspolitik, auf der Redner, und spontan unterteilt der Beifall der Verammlung jeden Hauptgedanken. Den demokratischen Einheitsstaatsgedanken wird Har und bestimmt der bundesstaatliche Charakter des Reiches entgegenstellt, und dem parlamentarischen Regiment wird unter hürnlicher Zustimmung der Reichstagsfraktion hingeworfen. Unabhängigkeit der Partei von der Regierung, aber Autorität einer starken Regierung behält der Redner, um dann zum Arbeitswilligen sich zu übergeben: Keine Veränderung bis 1920, keine Fortdauer der Einschränkung der Arbeitenden durch Streikposten, aber Kampfbereitschaft gegen die sozialdemokratischen Staat im Staat! In dem Schluß der Rede legt Graf Westarp die Frage: Sind Sie mit uns zufrieden? Die Reichstagsfraktion hat, wenn Leben heißt, ein Kampfer zu sein, volle Gelegenheit, sich auszuleben. Kein Zagen; nur zu oft haben andere Parteien lässlich übernommen, was ursprünglich die Konservativen allein forderten. Wir halten an unserer Kampfbereitschaft fest, ruft der Redner, und rauschender Beifall antwortet.

Die Berichte aus den deutschen Einzelstaaten bringen manche bemerkenswerte Ergänzungen. Herr hört die Verammlung die Meldung des Kammerherren v. Dies über die Verbindung des Reiches mit den bayerischen Konservativen, wie über das Zusammengehen mit dem Bund der Randwirte und seinem ausgerechneten dortigen Führer, Abg. Defonniert v. d. C., gegen den aus Liberalen und Sozialdemokraten zusammengesetzten Hofklub, und jubelnde Zustimmung durchbraut den Saal, als dieser bayerische Redner die Aufrichterhaltung eines starken Preussens als die sicherste Gewähr auch für die bayerische Selbstständigkeit und als festesten Wall gegen die heranflutende Revolution mit nachdrücklichen Worten feiert. Geheimrat Dvbs, der sich über Sachen informiert, zieht die gleichen Grenzlinien gegen Sozialdemokratie und Linksliberalismus, und Stadtrat Wehringer, der für Württemberg aus dem Zusammenhang mit dem Bund der Randwirte, das sozialistische Vorwärtstreiten der konservativen Sache meldet, faßt das hochwichtige Wort, daß ohne den Willen der Reichstagsfraktion dort nichts mehr durchgesetzt werden kann. So kann Abg. Frhr. v. Malbahn, der Sprecher für Preußen, ein Vorwärtstreiten der konservativen Gedanken auf der ganzen Reichstagsfraktion feststellen und zugleich vermelden, daß die preussischen Konservativen allezeit den demokratischen Fortschritt nachhaltigen Widerstand leisten werden. Den berechtigten Wün-

schren der Beamten sagt dieser Redner weitere Erfüllung zu. Gleichstellung der Landlehrer mit den Stadtlehrern fordert er unter staatlichen Hilfsleistungen für die leistungsschwachen Gemeinden, und die Pflichtfortbildungsschule ist ihm recht, jedoch als religiös-mittliche Erziehungsanstalt. Die „trockene Materie des Wasserregels“ zieht vorüber, die Steuererhebung wird auf den Mittelstandsschub eingestellt und den bedrängten Mittelstandsbefreier Abg. Malkevis, Hammer, Rieneberg und Karo wird mit bester Bedenken Dank ausgesprochen. Mein Seuchen- und Polgelgesellen der aufklärenden Tätigkeit des Bundes der Landwirte Worte ehrlicher Anerkennung. Dann das Wahlrecht. Frhr. v. Malbahn giebt seine Stellungnahme in die Form, je demokratischer das Reichstagswahlrecht, um so weniger demokratisch dürfte das preussische Wahlrecht sein. Unter Beifall betrachtet er der Thronrede Verprechen als eingelöst und fragt, ob nicht beim Reichstagswahlrecht die direkte und geheime Wahl der Vergebung für und Tor öffnet. Der Kampf um das Wahlrecht wird fortzuauern. Wir aber sagen: „Galte fest, daß dir niemand deine Krone raube.“

Die Verammlung dankt mit fröhlichem Beifall. Dieser aber wird zum Oran, als Abg. Dr. v. Heydebrand über die allgemeine politische Lage das Wort nimmt. Auch er feiert das Vorwärtstreiten der konservativen Gedanken, verweist auf die erstarrende konservative Presse und die steigende Opferwilligkeit der Parteigenossen. Wir wollen nicht länger schlafen, wie es früher geschah, als wir uns einander nicht kannten. Es ist ein eigenartiges Spiel, wie dieser Parteiführer großen und großen Spiel, vor dem Vorstandstätig kehend und die 3000fährige Verammlung hinreichend, konservativ Grundarbeiten ausbreitet und es als selbstverständlich feiert, daß die konservativ Würdigung von Autorität, Ordnung und Disziplin immer größer Anerkennung findet. Die Würdigen unserer Kraft liegen in den bodenständigen Kreisen, aber auch andere Verhältnisse verdienen Beachtung. Manche Gegend muß uns erst noch kennen lernen. Wer hätte es — so ruft der Redner — in Württemberg noch vor 20 Jahren für möglich gehalten, daß die Konservativen die zweitgrößte Partei werden? Preußen in seiner Eigenart ist der beste Schutz gegen die Liberalisierung des Reichs. Mit tiefem Ernst blickt der Redner auf die Lage des Reichs und verlangt, die allgemeine Wehrpflicht zur Wahrheit zu machen, da nur unsere Stärke der Friede sei. Umso härter aber ist der Beifall, als der Sprecher konservativ Opferwilligkeit jagt und zugleich vor neuer Verfassung im Namen wart. Westfälische Abenteurer hingegen mit, als der Parteiführer auf die nagende Arbeit der Sozialdemokratie weist, und tausendfach Mein fängt wieder, als gefragt wird, ob in dem Kampfe der Zukunft an den leitenden Stellen auch die gegebenen Führer hinein werden. Trotzdem werden wir den Kampf aufnehmen und Siegesübersticht wird uns befehlen, wenn die Entscheidung an uns herantritt. — Der Redner tritt an seinen Platz zurück, aber durch den Saal rollt dröhnend der donnernde Beifall.

Kein Wunder, daß der Parteitag sich die Resolution des Vorstandes einstimmig zu eigen macht und nach hoch prächtiger Rede auf eine Diskussion verzieht. Begeistert schließt das Hoch auf die Partei die Beratung, von der es wohl allerorts heben wird:

Was vergangen, kehrt nicht wieder, aber ging es leuchtend wieder
Leuchter's lange noch zurück. F. B.

Die auf den konservativen Parteitage einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Der Parteitag nimmt mit Verriedigung Kenntnis von dem sich geltend machenden arbeitenden Leben in der Partei. Er billigt die seit seinem letzten Zusammentritt eingenommene Haltung der konservativen Vertreter im Reichstage und in den Einzelstaaten. Er beglückwünscht insbesondere unsere konservativen Freunde in Württemberg zu dem schönen Erfolge, den sie bei den letzten Landtagswahlen errungen haben und fordert unsere Freunde in Preußen auf, auch ihrerseits mit aller Kraft bei den bevorstehenden Landtagswahlen auf Aufrechterhaltung und Förderung des Wahlstandes unserer Partei, auf dem nicht zum wenigsten ein starkes Preußentum in seinen staatsrechtlichen Grundlagen beruht, hinzuwirken. Er erwartet von den konservativen Vertretern im Reichstage, daß sie im Einvernehmen mit der Reichsleitung dafür sorgen, daß unsere mitfährliche Ausrichtung voll auf die Höhe der unterer politischen Gesamtlage entsprechenden Notwendigkeit gebracht und auch für ausreichende Deckung der entprechenden Kosten gesorgt wird. Der Parteitag sieht fest auf der föderalistischen Grundlage des Reiches unter entgegengesetzter Befähigung der auf einem deutschen Einheitsstaat gerichteten Bestrebungen des Liberalismus und der Demokratie. Er verlangt eine fruchtige Befähigung der immer mächtiger werdenden sozialdemokratischen Tendenzen, insbesondere ihrer Unterdrückung der

freien Arbeit. Er wünscht nach wie vor ein tatkräftiges Eintreten für die Interessen des Mittelstandes in Stadt und Land und Aufrechterhaltung unseres gegenwärtigen wirtschaftlichen Stages der produktiven Arbeit in Landwirtschaft und Industrie. Er fordert die Parteimitglieder auf, in ihren Bemühungen, den konservativen Ideen eine noch weitere Verbreitung zu geben, fortzuwahren und sieht mit Vertrauen dem weiteren Fortschritt unserer Parteien entgegen.“

Noch immer in Erwartung.

Die Balkanverbündeten lassen immer noch auf ihre Antwort auf die Anfrage der Großmächte wegen einer Vermittlung verfallen. Londoner Blätter, die bisher eine gute Neutralität bewahrt haben, begimmen jetzt dieses Verhalten als „Wartung“ zu bezeichnen, was die Großmächte die Aufregung seien. Das wäre ein europäisches Schandmal. Die Antwort soll nach einer neueren Meldung morgen (Donnerstag) erfolgen. Die Vorkämpfer in London waren zwar verarmt, trennen sich jedoch abernals unbedrängter Dinge, da die Antwort vom Balkan ausging.

Abripannel vor dem Fall?
An Konstantinopel ist ein äußerst wichtiger Drahtbericht des Kommandanten von Adrianopel eingetroffen, nach dem sich die Fehung nur noch eine Woche halten könne, weil die Lebensmittel knapp seien und auch die Munition fast aufgebraucht sei.

Serbien und Albanien.
Wie unser Berliner Vertreter an jugoslawischer Stelle erfährt, ist von den Mächten auf die serbische Regierung einverleitet worden, weitere Truppenbefehle nach Estetun zu unterlassen, mit dem Hinweis darauf, daß über das Schicksal Estetun, bzw. seine künftige Zurechnung zu dem neuen Albanien, möge es nun von den Montenegroern eingenommen werden oder nicht, nach übereinstimmender Auffassung der Mächte die Entscheidung von diesen getroffen werden würde. Auch ist der serbischen Regierung seitens der Mächte abgelesen worden, überhaupt weitere Truppenbefehle in Albanien vorzunehmen.

Die Vorstellung in Montenegro.
Die Vertreter der Großmächte unternahmen gestern im montenegrinischen Ministerium des Äußeren einen gemeinsamen Schrit, um zu verlangen, daß der gesamten Zivilbevölkerung von Estetun gestattet werde, die Stadt zu verlassen. Der Minister des Äußeren erklärte, er werde dieses Verlangen dem Ministeriale mit und nachmittags die Antwort beauftragen.

Der Handstreich der „Hamidije“.
Nach an Konstantinopel antwortet Stelle eingelaufenen Nachrichten sind bei dem geliebten Bombardement von San Hamidije die Medien durch den türkischen Kreuzer „Hamidije“ die große türkische Flotte, als „Christenmörder“, „Renegat“, „Eris“ und „Zivilisierte“ beschuldigt worden.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus, Sitzung vom 13. März 1915.

Am Regierungstisch: Kommissar.
Präsident v. Bethel eröffnete die Sitzung nach 11 1/2 Uhr mit der Mitteilung von dem gestern glücklich erfolgten Tode des kaiserlichen Bankier Ludwig Debrüßler. Das Haus ehrte das Andenken an den Verstorbenen in der üblichen Weise.
Die Vorlagen wegen Erwidung von Aniserechten in Gronau in Westfalen und in Brühl wurden nach den Besprechungen der Herren Rüst zu Salm-Horstmar und Graf zu Hohenhausen ohne Diskussion unverändert angenommen.

Es folgte die Beratung des vom Abgeordnetenhaus auf Antrag der Freireiserverbände angenommenen Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die Fassung des Staates und anderer Verbände für Amtsinhaberleistungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Danach sollen die Vorschriften des Gesetzes auch auf die Lehrer und Lehrpersonen eines Schulverbandes, ebenso auf die Lehrpersonen der Schulzotellen sowie bei sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbänden und Stiftungen des öffentlichen Rechts Anwendung finden.
Die Zulassungskommission des Herrenhauses empfahl einstimmig die Billigung des Initiativgesetzentwurfs des anderen Hauses. Ohne Debatte beschloß das Haus nach dem Kommissionsantrag.

Für die Rechnung von den Verwaltungseinnahmen und -Ausgaben der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste für 1908 beantragte die Finanzkommission die Entlassung der Regierung auszulassen. Das Haus beschloß demgemäß.
Es folgten Kommissionsberichte über Petitionen.

Die Kommunalverwaltung beantragte, die Petition des Danziger Kreisvereins um Befreiung des Vorrechts der Hausbesitzer bei den Stadtvorordnetenstellen der Regierung als Material zu übernehmen. Der Antrag gelangte ohne Diskussion zur Annahme.
Dieselbe Kommission beantragte, über die Petition des Bürgermeisters zu Kray und von Einwohnern der Gemeinden Kray und Zeitz um Abnahme von einer Aufstellung dieser Gemeinden unter die Gemeinden Stele und Notizen zur Tagesordnung überzugehen.

Der v. Diemondst empfahl, die Petition der Staatsregierung zur Ermüdung zu übernehmen.
Der Antrag v. Diemondst wurde angenommen.

